

## Patriotismus und Europa

Volker Kronenberg

Begriffe, zumal im politischen und gesellschaftlichen Kontext, changieren oftmals in ihrer Bedeutung, werden häufig unterschiedlich konnotiert und, je nach Standpunkt, interpretiert und instrumentalisiert. Für die Union markiert das christliche Menschenbild Grund und Grenze des jeweiligen Sinngehalts der Begrifflichkeiten, so auch desjenigen von Patriotismus und Europa. Die Chiffren „Patriotismus“ und „Europa“ sind zwei Bezugsgrößen, die für das „christliche Menschenbild“ der Union leitend sind. Beides, Patriotismus wie Europa, sind ebenso zentrale wie historisch-komplexe Begriffe. Polarisierend der erstere, schillernd der zweite. Die folgenden Ausführungen behandeln daher folgende erkenntnisleitende Fragen: Wie lassen sich diese Terminologien inhaltlich füllen? Was kann uns das Bild vom „christlichen Abendland“ heute noch sagen? Warum stehen Patriotismus und Europa in keinem latenten Konfliktverhältnis zueinander, wie gerne behauptet wird? Wieso, lautet gerade mit Blick auf den zweiten Begriff die nicht selten gestellte Frage, überhaupt von einem Patriotismus in Deutschland nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs sprechen, ihn postulieren, ihn leben? Für viele, zumal in der Nachkriegszeit, kaum vorstellbar. Für manche bis heute. Für andere hingegen sehr wohl. Zwei Sichtweisen, ein Jahrgang, zwei Beispiele.

*Jenseits von „Führer, Volk und Vaterland“*

Klaus Harpprecht, Jahrgang 1927, enger Weggefährte Willy Brandts und deutsch-französischer *homme de lettres*, zählt zu den vehementen Skeptikern von Patriotismus und Nationalstaatlichkeit und setzt dieser Skepsis ein leidenschaftliches Plädoyer für ein „Vaterland Europa“ entgegen: „Ein Deutscher, dessen Jugend von der finsternen, der mörderischen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet war, hat es mit dem Begriff Patriotismus nicht leicht – es sei denn, er stiefelte harthörig und halb erblindet durch die Epoche. Die Verbrechen, die angeblich vom Vaterland (in Wahrheit vom Diktator und seinen Satrapen) gefordert wurden, die kollektive Verantwortung, die von der Generation der Überlebenden durch die Jahrzehnte geschleppt werden muss – nein, zur großen Phrase taugen diese Erfahrungen nicht. Der Patriotismus ist dem Schreiber und vielen seiner Altersgenossen sozusagen im Munde verfault. Ob sie es wollen oder nicht, sie haben die tausendfach wiederholte Todesanzeige vor Augen, in der geschrieben stand: , ... gefallen für Führer, Volk und Vaterland‘.“<sup>1</sup>

Anders die Einschätzung, die Wertschätzung von Vaterland und Patriotismus durch den vier Tage jüngeren Altersgenossen von Harpprecht, Joseph Ratzinger, des heutigen Papstes Benedikt XVI. Ganz bewusst bedankte sich Benedikt XVI. bei seiner jüngst gehaltenen Rede im Deutschen Bundestag für die Einladung, „vor diesem Hohen Haus zu sprechen – vor dem Parlament meines deutschen Vaterlandes“<sup>2</sup>. Der positive Bezug auf das „Vaterland“, seine „deutsche Heimat“, wie Benedikt wenig später formuliert, erfolgte keineswegs zufällig, sondern im Gegenteil und in Kontinuität zu den Positionen der Katholischen Kirche und seines Vorgängers auf dem Stuhl Petri, Johannes Paul II., der Treue zur Heimat und Offenheit für Europa als „großes Vaterland der Vaterländer“<sup>3</sup> forderte. Eben dies bei Johannes Paul II. wie bei Benedikt XVI. im Bewusstsein der

klaren Abgrenzung von Patriotismus zu Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus und andererseits in der Überzeugung, dass Patriotismus und Europäismus ebenso zusammen gehören, wie Patriotismus normativ verwurzelt sein muss – mithin Patriotismus im Christentum ein wesentliches Fundament hat. Grund und Grenze findet die Identifikation mit der eigenen *patria*, mit der Nation, mit der Heimat nach Ansicht der Kirche im christlichen Menschenbild: „Noch vor den nationalen Interessen stehen die Menschen mit ihrer unveräußerlichen Würde.“ Und: „Echter Patriotismus sucht nie das Wohl der eigenen Nation auf Kosten anderer voranzubringen.“<sup>4</sup>

„Nein“, setzt Harpprecht seine Apologie des Europäismus an anderer Stelle in impliziter Entgegensetzung zu Ratzinger fort, „wir gehören nicht zu den Altchen, denen das Wasser der Rührung in die Augen schießt, sobald das Vaterland beschworen und das Deutschlandlied angestimmt wird. Manche von uns überkam ein fröstelndes Unbehagen, ja eine Art Scham, wenn Kanzler Kohl – auf seine Weise ein guter Europäer – das ‚deutsche Vaterland‘ ergriffen durch das Dreifachkinn gurgeln ließ.“<sup>5</sup> Helmut Kohl, der „Vater“ der Deutschen Einheit und zugleich der „Ehrenbürger Europas“ als Verursacher fröstelnden Unbehagens, gar Scham angesichts eines Zusammendenkens und -begreifens von Vaterland und Europa, von Patriotismus und jahrzehntelangem Engagement für die politische und wirtschaftliche Einheit Europas?

Patriotismus *in* Europa, Patriotismus *und* Europa – im deutschen Kontext, dies mag der einleitende Disput verdeutlichen, verweist dies auf ein schwieriges Beziehungsgefüge.<sup>6</sup> Nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass Begrifflichkeiten oftmals unterschiedlich verwandt und Patriotismus mit Nationalismus allzu oft in eins gesetzt werden. Letzteres klingt bei Harpprechts Skepsis an und wird bei Benedikts Wertschätzung des Vaterlands und der Vaterlandsliebe ebenso bewusst vermieden, wie dies von

Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel der Fall war und ist. Vaterlandsliebe, präziser: Patriotismus wird auf Seiten der katholischen – und evangelischen – Kirche<sup>7</sup> wie auch auf Seiten der Christlich Demokratischen Union ganz bewusst von Nationalismus als Verfallsform bzw. Pervertierung der Vaterlandsliebe unterschieden und in Verbindung mit Europa gesehen und politisch gewollt.

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verband Konrad Adenauer, ausgehend von seinem Selbstverständnis „Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt“, in einer großen Rede in der Aula der Universität zu Köln seinen patriotischen Willen, „dass Deutschland neu entsteht“ mit der Vision der „Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa unter Einschluss Deutschlands“<sup>8</sup> – Patriotismus und Europa, Gegensätze, die aus Sicht Adenauers und seiner Partei nie welche sein sollten. Jenseits der akademisch immer einmal wieder erörterten Frage nach Realität oder „Mythos“<sup>9</sup> des Patriotismus bei Konrad Adenauer angesichts dessen Politik der „Westbindung“ wird man rückblickend ein hohes Maß an inhaltlicher Konsistenz und praktischer Stringenz in der Verfolgung nationaler – patriotischer – und europapolitischer Grundüberzeugungen und Zielsetzungen des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland erkennen können, ganz so, wie Heinz Hürten dies bereits vor über zwei Jahrzehnten getan hat, indem er Adenauer mit dessen eigenen Worten als „Deutschen, Europäer und Christ“ charakterisierte und feststellte: „Im Patriotismus Konrad Adenauers ist [...] trotz aller äußeren Formung durch traditionale Elemente ein wesentlich Neues gegeben, das zugleich der alten Tradition europäischer Freiheit verbunden ist, die in der Demokratie der Jahrhundertmitte eine erstaunliche neue Lebenskraft gewonnen hat.“<sup>10</sup>

Dieses wesentlich Neue, die politische Verbindung von Vaterland und Europa im Sinne eines Zweischritts: Wieder-

gewinnung der nationalen Einheit in einem vereinten Deutschland bei gleichzeitiger Vereinigung Europas, prägte Adenauers politisches Handeln ebenso, wie es zum Identitätskern christdemokratischer Politik und Programmatik wurde. Während die beiden Gründungsaufrufe der CDU in Berlin und Köln<sup>11</sup> bereits wenige Wochen nach Ende des Krieges das Bekenntnis zur „Heimat“ und zur „Ehre Deutschlands“ – eine „heiße Liebe zum deutschen Volk“<sup>12</sup> wird als Motivation der Neugründung der CDU ganz am Anfang des Aufrufs benannt – mit einer scharfen Verurteilung der „nationalsozialistischen Demagogie, des „Rassenhochmuts“ und des „nationalistischen Machtrauschs“<sup>13</sup> verknüpfte, flankierte das Hamburger Programm von 1953 das wiedervereinigungspolitische Ziel einer „vom Christentum getragenen Lebensgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes“<sup>14</sup> mit dem klaren Bekenntnis zu einer Einigung Europas: „Die Christlich-Demokratische Union hat die Bestrebungen zur Einigung Europas von Anfang an mit allen Kräften unterstützt und ihnen eigene starke Impulse gegeben. Der Beitritt der Bundesregierung zum Europarat, die Gründung der Montanunion und die Annahme des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft waren die wichtigsten Stationen des von uns mit unbeirrbarer Entschlossenheit beschrittenen Weges. Die Zusammenfassung dieser Institutionen zur Europäischen Politischen Gemeinschaft ist unsere nächste große Aufgabe. Zwar wurde die von uns im Bunde mit den gleichgesinnten Europäern erstrebte Einigung in der Not einer gemeinsamen Bedrohung geboren. Sie bleibt uns jedoch auch unabhängig davon ein selbständiges großes Ziel. Vor allem wird sie die lange unselige Epoche der europäischen Bruderkriege beenden. Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas müssen Hand in Hand gehen.“<sup>15</sup>

*Die Chiffre des christlichen Abendlandes*

Dabei war es zunächst, mit Ende der Weltkriegsepoche, neben der Europa-Terminologie, der teils synonyme, teils als „ethisch-kulturelle Maxime“ weit darüber hinaus gehende, christlich konnotierte „Abendland“-Begriff<sup>16</sup>, den Konrad Adenauer mit Nachdruck in der politischen Debatte für die Union bzw. seine Politik reklamiert hat. Es handelte sich um den in der Tradition der Aufklärung stehenden, nicht romantisch-restaurativen „Abendland“-Begriff<sup>17</sup>, dessen ethisch-moralische Dimension die Verbundenheit des Europäischen und des Patriotischen veranschaulichen konnte. Am Ende seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler formulierte Konrad Adenauer am 20. September 1949 im Namen der Bundesregierung: „Unsere ganze Arbeit wird getragen sein von dem Geist christlich-abendländischer Kultur und von der Achtung vor dem Recht und vor der Würde des Menschen. Wir hoffen – das ist unser Ziel – dass es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärtszuführen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“<sup>18</sup>

Dabei verwendet Adenauer den Abendland-Begriff „einerseits als Abweisung des Nationalismus und zur Positionierung in der westlichen Völkergemeinschaft, ferner als gesellschafts- und kulturethischen Basisbegriff im Hinblick auf Person- und Freiheitsbegriff im Sinne der wahren Demokratie, gegen Bolschewismus, Planwirtschaft und Sozialdemokratie, und schließlich als Terminus, der speziell Katholiken aber ebenso auch Protestanten ansprechen sollte und in den Unionsparteien im Sinne des ‚christlichen Abendlandes‘ auch angesprochen hat“.<sup>19</sup>

Auch wenn in der Nachfolge Adenauers das „Abendland“ als politischer Schlüsselbegriff innerhalb der Union – wie auch gesamtgesellschaftlich – aufgrund der aufkommenden Entspannungsbemühungen zwischen West und Ost immer mehr an Bedeutung zugunsten des Europa-Be-

griffs verlor, so spiegelt und tradiert er doch das historisch-kulturelle Fundament, auf dem die Außen- und Europa-Politik im Gründungsjahrzehnt der Bundesrepublik ruhte. Ja mehr noch: Die Fokussierung des Abendland-Begriffs erfüllte, wie Axel Schild in seinen Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 1950er Jahre herausgearbeitet hat<sup>20</sup>, in fast idealer Weise eben jene Anforderungen, mit denen Politik und Kultur der jungen Bonner Republik konfrontiert waren: In der Chiffre des christlichen „Abendlandes“ hatten nationalistische Ressentiments keinen legitimen Platz und wurden dementsprechend erfolgreich marginalisiert. Darüber hinaus war ein Bezug auf das „Abendland“ geeignet, die christlichen Konfessionen – wenn auch unter katholischer Suprematie – zusammenzuführen. „Abendländische Freiheit“ war eine parteiübergreifend anerkannte politisch-kulturelle Formel im Kampf gegen den als gottlos charakterisierten Bolschewismus, der seinerseits, ebenso wie der Nationalsozialismus, als Höhepunkt und eine Konsequenz des Säkularisationsprozesses, als Ausdruck des Nihilismus<sup>21</sup>, erscheinen musste. Als virulente Gefahr bot der Bolschewismus ein Feindbild, dem es mit vereinten westeuropäischen und atlantischen Kräften zu begegnen galt; die gemeinsame Zugehörigkeit zum „Abendland“ ermöglichte die friedliche Verständigung und politische Kooperation mit den westlichen Nachbarn, zumal mit dem vormaligen „Erbfeind“ Frankreich. „Zugleich, und dies war für die Akzeptanz der Westoption in der Öffentlichkeit der frühen Bundesrepublik entscheidend, erlaubte die abendländische Gedankenwelt die politisch-kulturelle Abgrenzung von den liberalen westlichen Werten, das Festhalten an einer nun nicht mehr nationalistisch konnotierten, aber westeuropäisch gedachten supranationalen Sonderstellung gegenüber dem als geschichts- und kulturlos angesehenen ‚Amerika‘.“<sup>22</sup> Der supranationale Impuls einer westeuropäischen Zusammenarbeit und Einigungspolitik blieb auch nach einem Verblassen bzw. einer zunehmenden Marginali-

sierung des Abendland-Gedankens in Politik und Kultur<sup>23</sup> in den 1960er Jahren virulent, ja stellte ungeachtet der Kontroverse zwischen „Atlantikern und Gaullisten“ eine der wesentlichen programmatischen und politischen Koordinaten der CDU nach Konrad Adenauer dar, ebenso wie die sicherheitspolitische Verankerung der Bundesrepublik in der atlantisch-europäischen NATO. Dass eine derartige realpolitische wie normative „Westbindung“ der Bundesrepublik Deutschland in keiner Weise einem Patriotismus *in* Deutschland und *für* Deutschland opponierte, dessen waren sich Konrad Adenauer und seine Nachfolger innerhalb der CDU bis in die Gegenwart stets bewusst, leg[t]en sie doch ein Patriotismus-Verständnis zugrunde, welches der Hauptströmung der europäischen, mithin auch abendländischen Geistesgeschichte entspricht. Patriotismus meint dementsprechend eine gefühlsmäßige Verbundenheit mit dem „Vaterland“ sowie ein zumeist aus dieser Verbundenheit resultierendes, auf das „Vaterland“ – historisch die *patria civitatis*<sup>24</sup>, neuzeitlich die Nation bzw. den Nationalstaat<sup>25</sup> – bezogenes sozialpolitisches Verhalten, in dem nicht die eigenen, individuellen Interessen oder die einiger weniger Mitglieder einer politischen Gemeinschaft handlungsleitend sind, sondern das Wohl aller Mitglieder, das Gemeinwohl. Patriotismus kann, im Bewusstsein seiner antiken Wurzeln und der mittelalterlich-neuzeitlichen Naturrechtsrezeption, als politische Tugend verstanden werden, deren Vorhandensein eine zentrale Voraussetzung für das Entstehen und die dauerhafte Existenz des modernen, säkularen Rechts- und Verfassungsstaates darstellt.<sup>26</sup>

### *Das Ethos des Patriotismus*

Patriotismus verweist neuzeitlich – bis heute – auf die Selbstverpflichtung des Bürgers, für sein eigenes (Vater-)Land, in das er entweder geboren wurde oder für das er

sich willentlich entschieden hat, solidarisch einzustehen, im Alltäglichen und Kleinen ebenso wie in Ausnahmesituationen, wenn es um das große Ganze geht<sup>27</sup>: die Verteidigung und Zukunftssicherung der Nation als staatlich-verfasster Bewusstseinsgemeinschaft aller Bürger. Der Patriotismus bezieht sich politisch mithin stets auf eine konkrete, partikuläre *patria* – die durch ihre konkrete Rechtsordnung die Lebensbedingungen, die Freiheits-, Schutz- und Mitwirkungsrechte eines jeden einzelnen Bürgers sichert und insofern ihrerseits Loyalität und Engagement beanspruchen. Zugleich weist sie mit dem Postulat allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte universalistisch – damit auch im Sinne einer normativen Grenzziehung gegenüber der Zumutung einer verabsolutierten Loyalitätsanforderung der partikulären *patria* an jenen Einzelnen, der immer, im Sinne des christlichen Menschenbildes, „Ziel“, mithin auch Grund „aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein muss“ (Johannes XXIII.)<sup>28</sup> – über diese hinaus. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen gilt nicht nur „Ethos vor Ethnos“<sup>29</sup>, sondern der Zusammenhang lässt sich auch noch stärker formulieren: Ethos statt Ethnos.

Als Patriot gilt im Bewusstsein der Aufklärung und unter Zugrundelegung des modernen politischen Nationsbegriffs<sup>30</sup> derjenige, der sich national engagiert und unter Beachtung klassischer Tugenden wie Respekt und Gerechtigkeit sein diesbezügliches Handeln am Gemeinwohl eines konkreten nationalen Verbandes ausrichtet und damit zu einem Ausgleich von Partikularismus – eben dem je spezifischen nationalen Verband – und Universalismus – eben der Beachtung universaler, naturrechtlicher Normen im Sinne allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte – beizutragen vermag, ohne dabei, und dieser Aspekt ist wesentlich, die anderen Vaterländer zu missachten, was wiederum für einen Nationalisten selbstverständlich ist.<sup>31</sup>

Die idealisierte Überbewertung der eigenen Nation sowie das Postulat innergesellschaftlicher Homogenität gehö-

ren zum Wesenskern und zur Physiognomie des Nationalismus als eines der „mächtigsten sozialen Glaubenssysteme des 19. und 20. Jahrhunderts“<sup>32</sup>. Antifreiheitlich und latent gewaltsam nach innen wie nach außen, verabsolutiert der Nationalismus die Affirmation einer je konkreten Nation auf Kosten der Freiheiten und Heterogenität ihrer Bürger sowie unter Missachtung der Annahme einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Nationen und Bürgerschaften.<sup>33</sup> Nationalismus wie Patriotismus sind, darin liegt eine Gemeinsamkeit der beiden „Ismen“, auf die jeweils konkrete Nation bezogen – sie unterscheiden sich jedoch von ihrer Zielsetzung und ihrer normativen Codierung her ganz wesentlich. Insofern war der Patriotismus, soweit er von Adolf Hitler rhetorisch eingesetzt und funktional instrumentalisiert wurde, ein pervertierter, ein seines Wesensgehaltes entfremdeter, der den Patriotismus vieler Deutscher im Dienst für das Vaterland missbraucht hat. Hitler war mit seinen nationalistischen, rassistischen, imperialistischen Antrieben und mit seiner Verachtung des Humanismus, des Natur- und Grundrechtsdenkens, mit seiner Zurückweisung aller Errungenschaften der europäischen Geistesgeschichte in keiner Weise dem Ethos des Patriotismus verpflichtet. Dies jedoch waren all jene, die aus antitotalitärer Überzeugung in ihrem Dienst für das Vaterland, für das „andere Deutschland“ gegen das NS-Regime kämpften – für das eigene Land.<sup>34</sup> Claus Schenk Graf von Stauffenbergs Attentatsversuch auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 symbolisiert exemplarisch, dass die Legitimitätsverweigerung gegenüber einer despotischen Herrschaft ebenso wie der eigene, heroische Einsatz zum Wohl des Gemeinwesens, aufeinander bezogene Aspekte einer abendländischen, naturrechtlichen Tradition des Patriotismus-Gedankens darstellen, der in La Bruyères Formulierung „*Il n’y a point de patrie dans le despotisme*“ ebenso seinen Ausdruck findet wie in Spinozas „*Finis ergo rei publicae revera libertas est*“. Auch wenn sich im Widerstand das Ende der nationalsozialistischen

Diktatur verkörperte, indem er die Grenzen ihrer Herrschaftsgewalt deutlich machte, so kulminierte die Niederlage Hitlers doch *nicht* in einer Zerstörung der deutschen Nation – auch wenn der deutsche Nationalstaat im Gefolge dessen, was auf den tiefen Einschnitt des Weltkriegsendes folgte, mehrfach geteilt wurde und sich seit 1949 „zwei Staaten *in* Deutschland“ gegenüberstanden, von denen einer, nach 40-jähriger Existenz aufgrund der Freiheits- und Einheitsbestrebungen des eigenen Volkes, aufgrund des virulenten Nations-Bewusstseins implodierte – *cum grano salis*: am Patriotismus der eigenen Bürger zu Grunde ging. Denn dieser Patriotismus opponierte einer Diktatur unter „universalistisch-humanistischen“ Vorzeichen und orientierte sich an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, welche der Bundesrepublik Deutschland Struktur und Orientierung verlieh und im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zur Bezugsgröße eines spezifischen, historisch-reflektierten Patriotismus geworden war, eben des „Verfassungspatriotismus“ im Sinne Dolf Sternbergers<sup>35</sup>. Dieser vertrat ein Patriotismus-Verständnis, das einerseits der besonderen politischen Verfasstheit des geteilten Landes über vier Jahrzehnte hinweg Rechnung trug, andererseits die normative Fundierung in einer zugleich konkreten und universalistischen freiheitlichen-demokratischen Grundordnung – einer Art „Meta-Verfassung“<sup>36</sup> im Sinne Josef Isensees – widerspiegelte und damit die europäische Dimension als Perspektive mit einbezog. Im Lichte dieses Verständnisses von Patriotismus erklärt sich kohärent das jahrzehntelange Streben der CDU nach einer politischen Einigung Europas, mithin den „Vereinigten Staaten von Europa“, zu deren Realisierung die europäischen Verträge seit Rom im Jahre 1957 allenfalls Zwischenstationen sein konnten.

*Deutschlands Zukunft in Europa*

Doch im Zeichen der Zeitenwende von 1989/90 änderten sich nicht nur für Deutschland die politischen Koordinaten erheblich, zumal sich nach vier Jahrzehnten der staatlichen Teilung in manchen Bereichen der westdeutschen Politik und Gesellschaft ein Selbstbild der Bundesrepublik als „postnationaler Demokratie unter Nationalstaaten“<sup>37</sup> verfestigt hatte, das jedoch, nachdem es im Zuge des spätbundesrepublikanischen „Historikerstreits“ obsiegt zu haben schien<sup>38</sup>, mit der geschichtsmächtigen Trias: „Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Deutschland, einig Vaterland!“ in seinen Grundfesten erschüttert und auf den Boden nationalstaatlicher Realitäten zurückgeführt wurde. Auch in europapolitischer Hinsicht veränderten sich die Parameter signifikant. Die Europäische Gemeinschaft, seit dem Vertrag von Maastricht zur Union avanciert, wuchs mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten von 15 auf 25, heute 27 bzw. mit dem jüngst beschlossenen Beitritt Kroatiens auf bald 28 Mitglieder an. Die Zeit des „Kuschel-Europa“, von dem Erweiterungskommissar Günter Verheugen im Jahr 2004 rückblickend sprach,<sup>39</sup> war endgültig vorüber. Nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht stand die Union im Zuge des Kosovo-Einsatzes 1999 und der teils rhetorisch erbittert ausgetragenen Kontroverse um den Irak-Krieg 2003/2004 vor der unvereinbaren Alternative einer latent anti-amerikanischen „Wiedergeburt Europas“<sup>40</sup> auf der einen bzw. einer pro-atlantischen „Rekonstruktion des Westens“<sup>41</sup> auf der anderen Seite. Auch in erweiterungspolitischer Hinsicht stellte sich die Frage nach dem *Quo vadis, EU!* angesichts der förmlichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Soll die politische Vertiefung des europäischen Integrationsgefüges, seit sechs Jahrzehnten die Position der CDU, fortgesetzt werden und die EU eine Verfassung erhalten, oder soll sich die EU zu einem sicherheitspolitischen „*global player*“ entwickeln (der

sie trotz aller Bemühungen im Rahmen von WEU, GASP, ESVP und GSVP bis heute nicht ist) und die Türkei aus strategischen Gründen, wie von den USA und einem Teil der EU-Mitgliedstaaten gefordert, aufnehmen – damit jedoch aufgrund der komplexen sozialen, ökonomischen, demographischen, geographischen und kulturellen Verfasstheit der Türkei eine weitere Vertiefung der Union als ganzer jenseits des sicherheitspolitischen Bereichs abschließen<sup>42</sup>?

Die CDU ihrerseits reagierte auf die epochalen Umwälzungen Anfang der 1990er Jahre mit einer Modifizierung ihrer europapolitischen Positionen, ohne dabei den klaren Willen zur „Fortsetzung der Integration Europas“ aus den Augen zu verlieren.<sup>43</sup> So verzichtete die Union, im Unterschied zu ihren 1988 in Wiesbaden verabschiedeten „christlich-demokratischen Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik“<sup>44</sup> sechs Jahre später angesichts des Scheiterns der ambitionierten politischen Zielsetzungen des Vertrags von Maastricht (2. und 3. Säule), in ihrem Grundsatzprogramm<sup>45</sup> explizit auf die Formulierung der Zielperspektive der „Vereinigten Staaten von Europa“. Auch im aktuell gültigen, mit „Freiheit und Sicherheit“ überschriebenen Grundsatzprogramm von 2007 findet sich dieser für die Partei einstmals zentrale Terminus nicht (mehr). Dies ist einerseits den angedeuteten integrationspolitischen Enttäuschungen der Post-Maastricht-Zeit, andererseits grundsätzlich dem Umstand geschuldet, dass in einer heterogeneren EU-27/28 diese – explizit so formulierte – Finalitätsperspektive keinen Konsens fände. Dass sich „der Nationalstaat wandeln, aber auf Dauer Bestand haben“<sup>46</sup> wird, diese auch seitens der CDU geteilte Annahme wird in Großbritannien, aber auch in Teilen der jungen mittel-osteuropäischen Mitgliedstaaten der Union – freilich mit anderen Schlussfolgerungen – sehr nachdrücklich zur Grundlage der jeweiligen nationalen europäischen Politik gegen „Brüssel“ gemacht.

Statt einer fortschreitenden Zentralisierung bzw. Vertiefung der politischen Union wird dort eine Erweiterung derselben um die Türkei favorisiert. Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei wiederum wird seitens der CDU unter Verweis auf die „Kopenhagener Kriterien“ und in Kontinuität zu früheren europapolitischen Positionierungen abgelehnt<sup>47</sup> – zugunsten einer so genannten „Privilegierten Partnerschaft“<sup>48</sup>, die einerseits weit über die bestehende Zollunion zwischen der EU und der Türkei hinausgehe, andererseits als Alternative zu einer türkischen Vollmitgliedschaft der Gefahr einer Rückentwicklung der EU zu einer Freihandelszone vorbeuge.<sup>49</sup>

Auch wenn, zumal im Lichte des gescheiterten Projekts einer „Verfassung für Europa“<sup>50</sup> und im Bewusstsein der komplexen Genese des Vertrags von Lissabon, die „Vereinigten Staaten von Europa“ heute nicht explizit als Perspektive reklamiert werden, so lassen doch die formulierten Zielsetzungen – beispielsweise dasjenige einer „Sozialen Marktwirtschaft“ als „europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ – gerade in einer Zeit der „schwersten Bewährungsprobe in der Geschichte der europäischen Einigung“<sup>51</sup>, der Finanz- und Wirtschaftskrise einzelner EU-Mitgliedstaaten, aber auch angesichts der Herausforderungen der Globalisierung oder des internationalen Terrorismus keinen Zweifel daran, dass eine „Vollendung der Einheit Europas“ im nationalen Interesse der Bundesrepublik, mithin eben auch, wie im aktuellen Grundsatzprogramm formuliert, im Interesse der CDU als „der deutschen Europapartei“<sup>52</sup> liegt. Dass diese Vollendung der Einheit Europas durch die Avantgarde eines Kerneuropas, wie im „Schäuble-Lamers-Papier“<sup>53</sup> bereits 1994 viel beachtet angeregt, erfolgen könnte, ist dabei im Lichte eines (gleichwohl derzeit intergouvernemental statt supranational angelegten) „Europäischen Fiskalpaktes“, wie er von 25 der 27 EU-Mitgliedsstaaten jüngst vereinbart wurde, eher wahrscheinlich als eine Vollendung der politischen Union mit Zustimmung aller Mitgliedsstaaten.

Doch worauf läuft diese „Vollendung der politischen Union“ langfristig und jenseits einzelner Maßnahmen denn anderes hinaus als auf jene derzeit nur von einzelnen innerhalb der CDU geforderten „Vereinigte Staaten von Europa“<sup>54</sup>, die, politisch geeint, gleichwohl auch künftig auf der föderalen Struktur der Nationen ruhen werden<sup>55</sup>? Tatsächlich weisen eine weitere Demokratisierung der EU, beispielsweise mittels einer seitens der CDU geforderten Direktwahl des Kommissionspräsidenten oder auch eine weitergehende Stärkung der Kompetenzen des EU-Parlaments in eine Richtung, die Sorgen vor einer „Art von Exekutivföderalismus eines sich selbst ermächtigenden Europäischen Rates“<sup>56</sup> zerstreuen und den parteiinternen inhaltlichen Konsens einer Vertiefung der politischen Union bei begrifflicher Varianz spiegeln können. Tatsächlich hatte die Partei seit Adenauers Zeiten inhaltlich nichts anderes als „bundesstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union – bei einer fortdauernden Bedeutung der Nationalstaaten“<sup>57</sup> im Blick. Dabei mag die begriffliche Umschreibung, wie beispielsweise im Laufe der 16-jährigen Amtszeit Helmut Kohls als Bundeskanzler, veränderten politischen Konstellationen geschuldet, variieren, das Ziel bleibt dasselbe. Die Bedeutung der Nationalstaaten bzw. der Nationen samt ihrer historischen und funktionalen Wandlungsfähigkeit wurde im Rahmen dieses Prozesses stets und im Einklang mit der christlichen Soziallehre<sup>58</sup> hervorgehoben und fand ihren Ausdruck in einem klaren Bekenntnis zu einem aufgeklärten Patriotismus als politischer Tugend, die ihrerseits in europäisch-abendländischen Traditionen wurzelt.

So betonte es der einst in Heidelberg lehrende und unter anderen Bernhard Vogel<sup>59</sup> und Helmut Kohl<sup>60</sup> zu seinen Studenten und zeitweiligen Mitarbeitern zählende Dolf Sternberger immer wieder. Er verwies darüber hinaus auch immer wieder zu Recht darauf, dass Patriotismus in der europäischen Ideengeschichte schon immer und wesentlich

etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen sei. Der nationalstaatliche Ist-Zustand stand bei Sternberger so lange nicht unter Vorbehalt, wie er sich in seiner Verfasstheit an den Prinzipien der Humanität, der Freiheit und Gleichheit seiner Bürger orientiert. Angesichts der besonderen Verfasstheit Deutschlands war ein derart verfassungszentrierter Patriotismus-Gedanke *nicht* als Substitut eines nationalen Patriotismus konzipiert, sondern als komplementäre Identifikationsform einer konkreten, freiheitlichen und historisch-verantwortungsvollen Republik. Er war bewusst der deutschen Perspektive von Nation, Verfassung und (wieder zu vereinigendem) Vaterland geschuldet, ohne einerseits die europäische Einbettung und Verwiesenheit des Nationalen auf das Europäische und andererseits auch die historischen Entstehungs- und Wandlungsprozesse der Nationen<sup>61</sup> aus dem Blick zu verlieren: Nation – Verfassung – Europa. *Cum grano salis*: Mit Sternberger zu Harpprecht und Ratzinger, die beide, nimmt man diese inhaltliche Konkretisierung der changierenden Begrifflichkeiten vor, bei der Frage nach Patriotismus und dem „Vaterland Europa“ weniger trennt als eint.

Teils bewusst, teils unbewusst der Sternberger'schen Konzeption folgend, hat die CDU zu keinem Zeitpunkt die nationale gegen die europäische bzw. verfassungszentrierte Dimension des Patriotismus ausgespielt, wie dies Jürgen Habermas politisch zweitweise erfolgreich auf Seiten des links-liberalen Spektrums tat. Verfassung, bei Sternberger als „gemischte Verfassung“ weitaus mehr als ein Rechtsdokument, ersetzte dort als „Filter universalistischer Wertorientierungen“ die als „konservativ“ geltende und damit im Grunde als historisch obsolet erklärte Kategorie der „Nation“.<sup>62</sup> An die Stelle der Nation trat bei Habermas exklusiv „Europa“, wenn nicht gar die rein universale Perspektive. Patriotismus und Europäismus wurden keineswegs als zwei Seiten einer Medaille, als komplementäre

Bezugsgrößen, verstanden, was sie aus Sicht der CDU, aber auch der Kirchen sind, sondern als Gegensätze. Die historische Entwicklung ist über dieses Konzept hinweg gegangen.

Verfassung und Nation werden heute wieder zusammen gedacht und nicht gegeneinander ausgespielt. Die Nation wird heute nicht nur auf Seiten der CDU, sondern auch in Teilen des links-liberalen Parteienspektrums als politisch relevante und anerkannte Größe verstanden<sup>63</sup>, die keineswegs gegen den Gedanken der europäischen Einigung opponiert, sondern das Böckenförde-Paradoxon hinsichtlich der sozio-moralischen Bestandsvoraussetzungen des freiheitlichen, säkularen Gemeinwesens aufzulösen vermag.<sup>64</sup> Jenes Paradoxon, das nun auch, nach über zwei Jahrzehnten Abstand zum „Historikerstreit“, Jürgen Habermas in seinen Reflexionen über die „vopolitischen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates“ anerkennt, indem er die Gefahr einer „entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft im Ganzen“ als konkret konzedierte – eine Gefahr, die „sehr wohl das demokratische Band mürbe machen und die Art von Solidarität auszehren [könnte], auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist“.<sup>65</sup> Selbst bei Habermas tritt nunmehr also an die Stelle abstrakter, „universalistischer Verfassungsprinzipien“ ein Patriotismus, der sehr wohl national fundiert ist und sich zugleich in weltoffen-konkreten Verfassungsnormen unseres Grundgesetzes widerspiegelt, ohne dass dies ein Widerspruch ist. Nicht also *sola scriptura*<sup>66</sup>: das Grundgesetz, nein, mehr als das erscheint nunmehr die „Berliner Republik“ als lebenswertes Vaterland – als Ort, „wo wir uns finden“<sup>67</sup>.

Im Rahmen dieser nationalen Selbstvergewisserung spielt aus Sicht der CDU der Patriotismus-Begriff eine wichtige Rolle – nicht nur, aber wesentlich auch zur Beantwortung der Frage: „Was eint uns?“<sup>68</sup> Denn jene von Bundestagspräsident Norbert Lammert<sup>69</sup> 2005 initiierte und inhaltlich fruchtbare Debatte über das Verhältnis von Ver-

fassung, Patriotismus und Leitkultur hat aus Sicht der CDU deutlich werden lassen, dass derjenige, der das Grundgesetz für allgemeinverbindlich, gar zum Objekt patriotischen Stolzes erklärt, die ihm zu Grunde liegende Wertorientierung nicht als unbedeutend ansehen kann.<sup>70</sup> Im Gegenteil: Diese muss geschützt, gepflegt und gefördert werden. Aufgabe des Staates ist es dabei, all jenen verantwortlichen Gruppen, zu denen die Kirchen und die anderen Religionsgemeinschaften gehören, einen Platz einzuräumen und deren Pflege zu unterstützen, ohne dabei dem Irrtum zu verfallen, die Suche nach einem gemeinschafts- und humanitätsstiftenden Ethos als staatliche Aufgabe anzusehen.<sup>71</sup> Eben diese staatlicherseits nicht zu garantierende, nicht erzwingbare, insofern fragile Wertorientierung, die gelebt, zumindest aber anerkannt, respektiert werden muss – diese Wertorientierung als (vor-)politisches republikanisches Fundament muss Teil des bürgerschaftlichen Ethos, des praktizierten Patriotismus sein: „Ein gemeinsames Verantwortungsgefühl für dieses Land, ein Loyalitätsempfinden, ein klares Bekenntnis, Bürger dieser Nation sein zu wollen.“<sup>72</sup> Einer Nation, die nach Ansicht der CDU-Vorsitzenden das Bewusstsein, „dass die Grundlagen unserer Kultur im Kern mindestens ebenso europäisch wie deutsch sind“, als „große Bereicherung“ verstehen sollte: „Uns verbindet mit den anderen europäischen Ländern weit mehr, als und trennt. Das gilt für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wie für die Basis, von der aus wir nach Antworten suchen.“<sup>73</sup> Eben damit erweist sich der Dreiklang aus Patriotismus, Europa und christlichem Menschenbild als nach wie vor, auch mehr als sechs Jahrzehnten nach ihrer Gründung als wegweisend für eine Partei, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit erheblich gewandelten Rahmenbedingungen konfrontiert sieht: im europäischen Kontext sowie im nationalen Kontext.

In letzterem stellt sich, ebenso virulent wie konkret, die Frage, wer als Bürger künftig welchen Beitrag freiwillig, so-

lidarisch, patriotisch für seine *res publica* zu leisten bereit ist.<sup>74</sup> Die Frage verweist auf die Neujustierung des Staat-Bürger-Verhältnisses und damit auf eine Stimulierung der bürgerlichen Selbsthilfebereitschaft und ihrer Fähigkeiten im Dienste einer solidarischen Verantwortungs- und Zivilgesellschaft. Eine solche Gesellschaft will ihrerseits den Staat und seine klassischen Funktionen keineswegs ersetzen, sie sucht ihn vielmehr auf diese zu reduzieren. Es geht nicht um die Abkehr vom Sozialstaat oder um die Errichtung eines „Nachwächterstaates“, vielmehr sucht eine bürgerliche Verantwortungsgesellschaft Konsequenzen daraus zu ziehen, dass sozialstaatliche Umverteilung die Gesellschaft auf Dauer nicht zusammenzuhalten vermag. Es geht um eine neue Balance von Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung und damit aus Sicht der CDU auch und ganz grundlegend um eine zukunftsweisende Rückbesinnung auf die Kraft des christlichen Menschenbildes bei der steten Suche nach dem richtigen Verhältnis von Solidarität und Freiheit einer sich wandelnden *res publica*, verankert in einer „immer engeren Union der Völker Europas“<sup>75</sup>, die als Union ihrerseits selbst auf Voraussetzungen beruht, die letztendlich kein Vertrag und kein Gericht, keine Kommission und keine Regierung zu generieren und zu garantieren vermag. Diese fundamentalpolitische Verwiesenheit von Patriotismus und Europa zu plausibilisieren und zu popularisieren stellt eine der herausragenden politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar.

Abschließend kann somit festgehalten werden, dass Patriotismus und Europa also gerade nicht in einem kontradiktorischen Verhältnis zueinander stehen, sondern – ganz im Gegenteil – einander wechselseitig bedingen. Der Begriff des „Abendlandes“ vermag in soziomoralischer Hinsicht – wohlgemerkt nicht romantisch-restaurativ verstanden – noch immer die Verbundenheit des Europäischen und des Patriotischen zu plausibilisieren. Der Union mit ihrem Selbstverständnis als große Volkspartei der Mitte, die sich

auf das christliche Menschenbild beruft, steht es gut zu Gesicht, ihren praktisch-politischen Kurs am normativen Kompass dieser Zusammenhänge auszurichten.

### *Anmerkungen*

<sup>1</sup> Klaus Harpprecht: Europa, unser Väterland, in: Neue Zürcher Zeitung, Folio 8 (2010) [<http://www.nzzfolio.ch/www/21b625ad-36bc-48ea-b615-1c30cd0b472d/showarticle/352465a8-290d-4955-811a-3f82fc9e8953.aspx>., Abruf: 22. Oktober 2012].

<sup>2</sup> Zitiert nach Rede von Papst Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag am 22. September 2011, in: <http://www.bundestag.de/kulturgeschichte/geschichte/gastredner/benedict/rede.html> (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>3</sup> Zitiert nach Joachim Rabanus: Europa in der Sicht Papst Johannes Paul II. Eine Herausforderung für die Kirche und die europäische Gesellschaft (Paderborner theologische Studien 39). Paderborn 2004, S. 96.

<sup>4</sup> Ebd., S. 97.

<sup>5</sup> Harpprecht: Europa, unser Väterland.

<sup>6</sup> Vgl. Volker Kronenberg: Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation. 3. Aufl., Wiesbaden 2013.

<sup>7</sup> Vgl. Donate Kluxen-Pyta: Patriotismus, in: Lexikon für Theologie und Kirche. Siebter Band. Freiburg/Breisgau 2009, Sp. 1470.

<sup>8</sup> Konrad Adenauer: Rede in der Aula der Universität zu Köln am 24. März 1946, in: <http://www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=4501> (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>9</sup> Vgl. Josef Foschepoth (Hg.): Adenauer und die Deutsche Frage. Göttingen 1988.

<sup>10</sup> Heinz Hürten: Der Patriotismus Adenauers, in: Hans Buchheim (Hg.): Der Patriotismus Konrad Adenauers (Rhöndorfer Gespräche 10). Bonn 1990, S. 17–33, hier S. 32.

<sup>11</sup> Vgl. Gründungsaufruf der CDU in Berlin, in: Peter Hinze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995, S. 3–6; vgl. ebd. die Kölner Leitsätze, S. 9–12.

<sup>12</sup> Ebd., S. 3.

<sup>13</sup> Ebd., S. 9.

<sup>14</sup> Vgl. Hamburger Programm von 1953, ebd., S. 31–44, hier S. 32.

<sup>15</sup> Ebd., S. 42f.

<sup>16</sup> Vgl. Jonas Jost: Der Abendland-Gedanke in Westdeutschland

nach 1945. Versuch und Scheitern eines Paradigmenwechsels in der deutschen Geschichte nach 1945. Hannover 1994.

<sup>17</sup> Vgl. Wolfgang Kluxen: Abendland. II. Aktuelle Diskussion, in: Lexikon für Theologie und Kirche. Erster Band, Sp. 23f.

<sup>18</sup> Zitiert nach Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. Eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München 1979, S. 53–73, hier S. 73.

<sup>19</sup> Albrecht Langner: Diskussionsbericht, in: Ders. (Hg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800. Paderborn 1985, S. 179–198, hier S. 196; vgl. dazu auch Anselm Doering-Manteuffel: Die ‚Frommen‘ und die ‚Linken‘ vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staats. Integrationsprobleme und Interkonalismus in der frühen CDU, in: Ders./Jochen-Christoph Kaiser (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen in der Nachkriegszeit. Stuttgart 1990, S. 88–108.

<sup>20</sup> Vgl. im Folgenden Axel Schildt: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre. München 1999, S. 197f.

<sup>21</sup> Vgl. in diesem Sinne Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens. München 1948.

<sup>22</sup> Axel Schildt: Zwischen Abendland und Amerika, S. 198.

<sup>23</sup> Vgl. ebd. das Kapitel „Der Niedergang von ‚Neuem Abendland‘ und ‚Abendländischer Akademie‘“, S. 68–82.

<sup>24</sup> Vgl. Thomas Eichenberger: Patria. Studien zur Bedeutung des Wortes im Mittelalter (6.–12. Jahrhundert). Sigmaringen 1991.

<sup>25</sup> Vgl. dazu grundlegend Otto Dann: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, 3. Aufl. München 1996.

<sup>26</sup> Vgl. Volker Kronenberg: Patriotismus, in: Evangelisches Soziallexikon. Neuausgabe Stuttgart 2001, Sp. 1221f.

<sup>27</sup> Vgl. Josef Isensee: Gemeinwohl im Verfassungsstaat, in: Ders./Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band IV: Aufgaben des Staates. 3. Aufl. Heidelberg 2006, S. 3–79, hier S. 18.

<sup>28</sup> So Johannes XXIII. in seiner Sozialzyklika Mater et magistra von 1961, zitiert nach Anton Rauscher: Das christliche Menschenbild, in: Handbuch der Katholischen Soziallehre. Hg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft und der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle von Anton Rau-

scher in Verbindung mit Jörg Althammer, Wolfgang Bergsdorf, Otto Depenheuer. Berlin 2008, S. 3–23, hier S. 21.

<sup>29</sup> Vgl. Josef Homeyer: Der Beitrag der Religion und der Kirchen zum geistigen Selbstverständnis Europas, in: Frank Ronge (Hg.): In welcher Verfassung ist Europa – Welche Verfassung für Europa? Baden-Baden 2001, S. 311–321, hier S. 314.

<sup>30</sup> Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Nation – Identität in Differenz, in: Ders.: Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie. Frankfurt/Main 1999, S. 34–58.

<sup>31</sup> Vgl. dazu grundlegend Donate Kluxen-Pyta: Nation und Ethos. Die Moral des Patriotismus. München 1991.

<sup>32</sup> Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. von Michael Schröter. 4. Aufl. Frankfurt/Main 1990, S. 194.

<sup>33</sup> Vgl. Jürgen Schwarz: Nation, Nationalismus, Patriotismus, in: Handbuch der Katholischen Soziallehre, S. 1031–1041, hier S. 1035.

<sup>34</sup> Vgl. Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): 20. Juli. Portraits des Widerstands. Düsseldorf 1984.

<sup>35</sup> Vgl. Dolf Sternberger: Verfassungspatriotismus. Schriften X. Hg. von Peter Haungs. Frankfurt/Main, S. 13–16.

<sup>36</sup> Vgl. Josef Isensee: Gemeinwohl im Verfassungsstaat, S. 35.

<sup>37</sup> Karl Dietrich Bracher: Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Ders./Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt. Stuttgart 1986, S. 285–406, hier S. 406.

<sup>38</sup> Vgl. Volker Kronenberg: „Verfassungspatriotismus“ – Zur Rezeption eines Begriffs im Lichte des „Historikerstreits“, in: Ders. (Hg.): Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“ – 20 Jahre danach. Wiesbaden 2008, S. 123–135.

<sup>39</sup> Günter Verheugen: Das Kuschel-Europa ist von gestern, in: Die Zeit 42 (2004).

<sup>40</sup> Jürgen Habermas/Jacques Derrida: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31. Mai 2003.

<sup>41</sup> Joschka Fischer: Die Rekonstruktion des Westens, ebd., 6. März 2004.

<sup>42</sup> Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde: Nein zum Beitritt der Türkei. Eine Begründung, ebd., 10. Dezember 2004; vgl. die Bilanz der Debatte bei Claus Leggewie (Hg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/Main 2004.

<sup>43</sup> Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm, beschlossen am 3.–4. November 2007, in: <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>44</sup> Vgl. „Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratischen Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik, beschlossen am 13.–15. Juni 1988, in: Hintze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme, S. 479–511, hier S. 494.

<sup>45</sup> Vgl. „Freiheit in Verantwortung“, beschlossen am 21.–23. Februar 1994 in Hamburg, ebd., S. 61–64.

<sup>46</sup> Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, S. 99.

<sup>47</sup> Gleichwohl vertritt die aktuelle Bundesregierung regierungsamtlich einen *pacta-sunt-servanda*-Kurs mit Blick auf die der Türkei von Rot-Grün gegebenen Versprechungen.

<sup>48</sup> Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, S. 101.

<sup>49</sup> Vgl. Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei. Beschluss der Präsidien der CDU und der CSU am 7. März 2004, in: [http://www.cdu.de/doc/pdf/03\\_08\\_04-beschluss-tuerkei.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/03_08_04-beschluss-tuerkei.pdf) (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>50</sup> Grundsätzlich die Verfassungs-Debatte einordnend vgl. Frank Ronge (Hg.): In welcher Verfassung ist Europa – Welche Verfassung für Europa? Baden-Baden 2001.

<sup>51</sup> So Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 27. Februar 2012, in: [www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17160.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17160.pdf), S. 5 (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>52</sup> So die Selbstbezeichnung der CDU zu Beginn des europapolitischen Abschnitts des Grundsatzprogramms von 2007; vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.

<sup>53</sup> Vgl. Wolfgang Schäuble/Karl Lamers: „Überlegungen zur europäischen Politik“ vom 1. September 1994, in: <http://www.educsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (Abruf: 22. Oktober 2012).

<sup>54</sup> So beispielsweise von Jürgen Rüttgers, Ursula von der Leyen, Elmar Brok.

<sup>55</sup> Vgl. Otto Kallscheuer: Zur Zukunft des Abendlandes. Essays. Springe 2009, S. 134ff.

<sup>56</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin 2011, S. 8.

<sup>57</sup> So die Formulierung durch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, zitiert nach „Gröhe will Euro-Sündern Souveränitätsrechte nehmen“, in: Süddeutsche Zeitung, 6. Oktober 2011.

<sup>58</sup> Vgl. Joachim Rabanus: Europa in der Sicht Johannes Pauls II., S. 96ff.

<sup>59</sup> Vgl. Bernhard Vogel: Dolf Sternberger und die politische Wissenschaft, in: Michael Borchard (Hg.): Dolf Sternberger zum 100. Geburtstag. Sankt Augustin 2007, S. 13–22.

<sup>60</sup> Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 100f.

<sup>61</sup> Vgl. Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994.

<sup>62</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Inklusion – Einbeziehen oder Einschließen? Zum Verhältnis von Nation, Rechtsstaat und Demokratie, in: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1997, S. 154–187.

<sup>63</sup> Vgl. die Ausgabe mit dem Titelthema „Patriotismus von links“ der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte (3) 2005.

<sup>64</sup> Vgl. Ernst Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Ders.: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1992, S. 92–114, hier S. 112.

<sup>65</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates?, in: Ders.: Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze. Frankfurt/Main 2009, S. 106–118.

<sup>66</sup> Vgl. Josef Isensee: Die Verfassung als Vaterland. Zur Staatsverdrängung der Deutschen, in: Armin Mohler (Hg.): Wirklichkeit als Tabu. Anmerkungen zur Lage. München 1986, S. 11–35, hier S. 14.

<sup>67</sup> Vgl. Eckhard Fuhr: Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland. Berlin 2005.

<sup>68</sup> Vgl. Bernhard Vogel (Hg.): Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen. Freiburg 2008.

<sup>69</sup> Vgl. Norbert Lammert (Hg.): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Bonn 2006.

<sup>70</sup> Volker Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?, in: Bernhard Vogel (Hg.): Was eint uns?, S. 188–209.

<sup>71</sup> Vgl. Otto Depenheuer: Religion als ethische Reserve der säkularen Gesellschaft. Zur staatsrechtlichen Bedeutung der Kirche in nachchristlicher Zeit, in: Ders. u. a. (Hg.): Nomos und Ethos. Hommage an Josef Isensee zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Berlin 2002, S. 3–23.

<sup>72</sup> So Angela Merkel, in: Lammert: *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur*, S. 170–177, hier S. 176.

<sup>73</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>74</sup> Vgl. Volker Kronenberg: *Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland*. München 2010, S. 66ff.

<sup>75</sup> So die Formulierung in der Präambel des Vertrags von Lissabon, zitiert nach Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007, in: [http://europa.eu/lisbon\\_treaty/full\\_text/index\\_de.htm](http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm) (Abruf: 22. Oktober 2012).